

EINLEITUNG

MARKUS KAISER

Die internationale Zusammenarbeit hat viele Aufgaben und Projekte. Dabei bewegt sie sich in einem Spannungsfeld: Soll sie »unten« ansetzen und Gefahr laufen, ein Tropfen auf dem heißen Stein zu sein, der schnell verdunstet und somit dem Anspruch auf Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit nicht gerecht wird? Oder soll sie »oben« ansetzen und sich damit dem Vorwurf der Missionierung, des modernen Imperialismus von Politik und Wirtschaftsinteressen aussetzen? Gibt es in der Praxis der internationalen Zusammenarbeit Wege, dem Anspruch auf Nachhaltigkeit und auf Anpassung an lokale Verhältnisse gerecht zu werden?

Mit diesen Fragen sind die Kollegiaten und Kollegiatinnen des Stiftingskollegs für internationale Aufgaben der Robert Bosch Stiftung und der Studienstiftung des deutschen Volkes, das die Robert Bosch Stiftung 1995 im Rahmen des Arbeitsschwerpunktes »Völkerverständigung« ins Leben gerufen hat, in ihren Projekten konfrontiert gewesen. In einer Vortragsreihe zu »Junge Experten in der Weltgesellschaft: Aufgaben und Selbstverständnis« im Rahmen des Forschungskolloquiums des Forschungsschwerpunktes Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie der Universität Bielefeld waren sie aufgefordert, über sich, ihre Projektarbeit oder ihre derzeitige berufliche Praxis und ihr Handlungsfeld zu reflektieren. Dabei gingen sie folgenden Fragen nach: Was waren bzw. sind ihre Aufgaben? Was sind die Wirkungen?

Die deutsche Entwicklungspolitik hat eine Kehrtwende weg von der viel beklagten Orientierung auf individuelle Projekte in den Entwicklungs- und Transformationsländern hin zur Änderung der internationalen Rahmenbedingungen für Entwicklung vollzogen. Die Bundesregierung hat die Entwicklungspolitik als Beitrag zu globaler Strukturpolitik definiert, der sich am Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung orientiert. Die Politikberatung – der Transfer von Erfahrungswissen (*best practices*) in der Politikgestaltung – stellt dabei ein Instrument dieses Ansatzes dar.

In allen Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit werden umfassende Programme entwickelt. Sie schaffen auf der »mittleren und

Makroebene« Rahmenbedingungen für eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Verbreitung bspw. von Technologien der erneuerbaren Energien, um dann durch Kommerzialisierung bzw. Privatisierung sowie Liberalisierung die Energieeffizienz in einem Land zu verbessern. Der Vorteil der Politikberatung wird darin gesehen, dass mit wenig Mitteleinsatz ein hoher langfristig anhaltender Effekt erzielt wird. Diesen und ähnlich gelagerten Ansprüchen liegt jedoch eine Vision zugrunde: die Vision einer »Wirtschaft, in der Angebot und Nachfrage durch die ›unsichtbare Hand‹ des Marktes geregelt werden.« Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob Politikberatung eine neue Form der Missionierung darstellt, bei der abendländische Werte wie Demokratie und Marktwirtschaft exportiert werden.

Die Anthologie geht in ihrem ersten Kapitel zur »Globalen Strukturpolitik: Eine neue internationale Aufgabe« diesem neuen Leitbild der internationalen Zusammenarbeit nach. Der Beitrag von Jochen Renger »Von der Entwicklungszusammenarbeit zur internationalen Zusammenarbeit: Herausforderungen, Handlungsfelder, Perspektiven« positioniert die Entwicklungszusammenarbeit aus Sicht der Praxis in einer globalisierten Welt. Hans-Dieter Evers, Markus Kaiser und Christine Müller zeigen in ihrem Beitrag »Entwicklung durch Wissen: eine neue globale Wissensarchitektur«, dass der sich wandelnde Wissensbedarf zu einer institutionellen und virtuellen Vernetzung der Geberorganisationen und zu einer Anbindung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit an individuell-organisatorische und zwischenorganisatorische Vernetzungen führt, in die auch lokale Experten und lokale Wissensproduzenten integriert werden. Der Beitrag »Vom Projektwissen zum vernetzten Steuerungswissen: das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung« von Markus Kaiser und Hans-Dieter Evers beschreibt, welche Herausforderungen für ein nationales Ministerium im Rahmen einer derart denationalisierten Politikkoordination und -gestaltung entstehen.

In diesem Rahmen des Politikansatzes von globaler Strukturpolitik, einer globalen entwicklungspolitischen Kommunikations- und Programmstruktur und der bestehenden bi- und multilateralen internationalen Politikgestaltung bewegen sich die weiteren Beiträge. Die drängenden Probleme der Systemtransformation der postsozialistischen

Welt, der Ressourcennutzung und -erhaltung und des (nationalen) Regierungshandelns als globale Herausforderung werden aus der Sicht reflektierender Praktiker dargestellt und diskutiert. Darüber hinaus zeigen die Beiträge, was internationale Zusammenarbeit leisten kann, um die natürlichen Ressourcen zu schützen und effizient zu nutzen, um internationale Konflikte zu lösen bzw. zu vermeiden, zivilgesellschaftliche Strukturen aufzubauen und die Korruption einzudämmen.

Stefanie Bailer beleuchtet anhand einer Untersuchung der Demokratieförderung der Europäischen Union in der Ukraine und deren gesellschaftlicher Wirkung die »Förderung von Zivilgesellschaft und Drittem Sektor«. Besonderen Wert legt sie in ihrer Analyse auf die Frage, ob das Programm der Europäischen Union tatsächlich einen nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung des Dritten Sektors und der Zivilgesellschaft hat. Wechselseitige Perzeptionen internationaler und lokaler Akteure auf der regionalen Politikebene in der Ukraine untersucht Kerstin Zimmer. In ihrem Beitrag »Wir leben in verschiedenen Dimensionen« kommt sie zu dem Ergebnis, dass sich internationale, nationale und lokale Akteure in ihren kulturellen Deutungsmustern je nach Intensität ihrer »Außenkontakte« deutlich unterscheiden. Beide Beiträge zeigen auf, dass die Intention(en) von Programmen und Experten die eine Seite der Medaille sind, die sich Entwicklungszusammenarbeit nennt. Ihre Perzeption und ihre lokale Aneignung oder Ablehnung sind die andere.

Heute, zehn Jahre nach der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio und den ihr folgenden Konventionen zu biologischer Vielfalt und Klima, ist offensichtlich, dass internationale Umweltpolitik immer nur so wirksam sein kann, wie deren nationale Umsetzung. Im internationalen Rahmen sind die Gestaltungsspielräume bei der Entwicklung von Konzepten und Leitlinien mitunter erstaunlich hoch, so dass innerhalb der Expertenkreise ein weites Vorausdenken möglich ist und sich ein Gemeinverständnis der Sachverhalte entwickeln kann. Der institutionelle Handlungsspielraum ist allerdings oft begrenzt. So fehlt es bspw. an Mitteln zur Durchsetzung von beschlossenen Zielvorgaben. Heike Culmsee beschreibt in ihrem Beitrag »Das UNESCO-Biosphärenreservatkonzept als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit« Möglichkeiten der Zielerreichung in lokal begrenzten Räumen. Probleme und Möglichkeiten der »Wasser-

nutzung in der bewässerten Landwirtschaft Syriens« werden von Nicola Martin aufgezeigt. Wassermangel hat viele Ursachen: Nicht nur arides Klima und Bevölkerungswachstum lassen die Ressource Wasser knapp werden. Oft stehen z.B. unklare Zuständigkeiten der Institutionen, unwirtschaftliche Tarifstrukturen, der Vorrang kurzfristiger politischer Erfolge oder ein Mangel an regionalen Kooperationen einer nachhaltigen Bewirtschaftung vorhandener Ressourcen entgegen. Eine integrierte Wasserbewirtschaftung zielt dabei auf die Reform des Wassersektors ab, um die Effizienz und Wirtschaftlichkeit zu steigern, die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu stärken und dem vorsorgenden Schutz von Wasserressourcen Rechnung zu tragen.

Trotz internationaler Organisationen wie z.B. der Europäischen Union, die über ausreichend Mittel zur Durchsetzung von Beschlüssen verfügt, werden Umweltdirektiven eher zögerlich umgesetzt. Deshalb sind Erfolge beim Schutz und bei der Nutzung internationaler Flüsse wie Anne Schmitt sie in ihrem Beitrag »Schutz und Nutzung internationaler Flüsse: Erfahrungen aus der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder (IKSO)« beschreibt, ein Beispiel dafür, wie es dennoch gehen kann.

Maja Schlüter skizziert in ihrem Beitrag »Tradition, Selbstbestimmung, Kooperation und die Zukunft des Aralsees – Eine Suche nach neuen Wegen aus der Krise« lokale, nationale und internationale Eigendynamiken. Die Frage, ob der Markt mit seiner unsichtbaren Hand bessere Ergebnisse erzielt als es das Politikgeflecht aus lokalen, nationalen und internationalen Akteuren vermag, beleuchten Annette van Edig und Eva Youkhana in ihrem Beitrag zu »Arme und Umwelt: Verlierer der Wasserprivatisierung?«.

Eine der Erkenntnisse der praktizierten Entwicklungszusammenarbeit besteht darin, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit ohne einen leistungsfähigen und entwicklungsorientierten Staat nicht realisierbar sind. Was im internationalen Sprachgebrauch als *good governance* auf zentraler, regionaler und lokalstaatlicher Ebene bezeichnet wird, ist für die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der benachteiligten Menschen mindestens ebenso wichtig wie eine starke Zivilgesellschaft und eine leistungsfähige Privatwirtschaft. Der Beitrag von Anja Schoeller-Schletter

»Einflussnahme auf Entscheidungen staatlicher Organe als Problem für Demokratie und Rechtsstaat: Rechtsreformen und Beitrag des Staats- und Verfassungsrechts zur Entwicklungsforschung« geht der Frage nach, welche Strukturreformen notwendig sind, um vor dem Hintergrund der jeweiligen Verfassung verfassungskonforme demokratische und rechtsstaatliche Entscheidungsprozesse herbeizuführen. Diese Reformen stehen dabei in engem Zusammenhang mit Fragen der Implementierung so genannter *good governance*-Konzepte, die ihren Schwerpunkt auf *rule of law* als Voraussetzung für ein stabiles politisches und wirtschaftliches Umfeld legen. Sabine Kloss-Tullius fügt dieser Sicht in ihrem Beitrag »*Good governance* und Korruption in Kenia – Über den Versuch der Umsetzung von *good governance* in der Praxis« ihre Erfahrungen in einem Staat ohne *rule of law* hinzu. Markus Kaiser und Christine Müller thematisieren in ihrem Beitrag »Entwicklungsexperten als Krisenmanager« Möglichkeiten, von außen Krisenprävention, Konfliktmanagement und Friedensförderung als Vorstufe von *good governance* zu betreiben.

Die Weltgesellschaft und ihre globalen Wissensarbeiter, die Experten, stehen in einem globalisierten Politikfeld vor den vielfältigsten Aufgaben. Entwicklungszusammenarbeit fordert dabei immer mehr Wissen, Expertise ein – sei es zur Problemlösung oder zur Legitimation von Handeln. Die Anthologie gibt hierzu exemplarische Einblicke.

